

POLITISCHER BERICHT TÜRKEI

ÜBERSICHT

- **Mord an Oberverwaltungsrichter nährt Verschwörungstheorien**
- **Treffen Merkel-Erdoğan in den türkischen Medien**
- **Ergebnisse einer Konservatismusumfrage**
- **Info-Mail**

Mord an Oberverwaltungsrichter nährt Verschwörungstheorien

Die Nachrichtenlage in der Türkei wird seit zwei Wochen dominiert von der Berichterstattung über die Ermordung des Oberverwaltungsrichters Mustafa Yücel Özbilgin und dem Mordversuch an vier weiteren Mitgliedern des zweiten Senats des türkischen Oberverwaltungsgerichts. Täglich wird über neue Details zum Tathergang und insbesondere über mögliche Hintermänner in den Medien berichtet. Mittlerweile verdichten sich die Hinweise, dass „dunkle Kräfte“ des so genannten „Tiefen Staates“ oder eine - wie Ministerpräsident Tayyip Erdoğan es formulierte - „organisierte Bande“ hinter diesem Anschlag stehen könnten. Als „Tiefen Staat“ wird in der Türkei ein Mechanismus bezeichnet, der immer dann ineinander greift, wenn das Land die Begrenzungen des laizistischen und nationalen Weges überschreitet, so die Definition von Bülent Orakoğlu, einem ehem. hohen Polizeioffizier.

Als vor Monaten in der Stadt Şemdinli im äußersten Südosten des Landes Sprengsätze explodierten, geriet das Land schon einmal in Aufruhr und Verschwörungstheorien machten die Runde. Zwei Mitglieder der türkischen Gendarmerie wurden für diese Provokationen verantwortlich gemacht und auch damals war die Rede vom „Tiefen Staat“.

Die beiden Fälle in Şemdinli und der Richtermord unterscheiden sich aber in einem Detail sehr deutlich von vielen ungeklärten Morden und Anschlägen aus der Vergangenheit. Beide Male konnten die Täter gefasst werden, so dass der lückenlosen Aufklärung durch die türkische Justiz eigentlich keine Hindernisse im Weg stehen sollten. Der Staatsanwalt aus Van, der mit der Untersuchung der Vorfälle um Şemdinli beauftragt war, wurde vom

„Hohen Rat der Staatsanwälte und Richter“ aber mittlerweile suspendiert. Er wurde kritisiert, weil er in seiner schnell ausgearbeiteten Anklageschrift auch den möglichen zukünftigen Generalstabschef Yaşar Büyükanıt erwähnte. Einige Justizexperten bezeichneten die Anklage formell und inhaltlich jedoch als einwandfrei und zweifelten so indirekt die Unabhängigkeit der türkischen Justiz und in diesem Falle auch die des Hohen Rates an. Eine Aufklärung beider Fälle fordert auch Sedat Karagül, der Richter des Susurluk-Falls vor einem Jahrzehnt. Dies sei ein bedeutender Lackmустest für die türkische Justiz, so der ehemalige Richter, wobei das Gericht ohne öffentlichen Druck arbeiten müsse, ansonsten könne die Identität der Hintermänner wie beim Fall Susurluk kaum aufgedeckt werden.

Kurz nach dem Anschlag auf das Gericht konnten der 29-jährige Anwalt Alparslan Arslan und zwei Mittäter gefasst werden. Ihnen wurde auch nachgewiesen, die Anschläge auf die Tageszeitung Cumhuriyet vor Monatsfrist verübt zu haben. Verletzt wurde seinerzeit niemand, weil die Sprengsätze aus türkischen Armeebeständen nicht detonierten. Ein Cumhuriyet-Karikaturist hatte ein „Schwein mit Kopftuch“ gezeichnet und dies habe seinen Reflex des muslimischen türkischen Volkes hervorgerufen, so Arslan. Der Anschlag auf das Gericht ist mit einem strittigen Urteil des Zweiten Senats in Verbindung zu bringen. Dort wurde einer Lehrerin, die auf dem Weg zur Schule ein Kopftuch trug, die Beförderung verweigert und eine Zwangsversetzung beantragt. Das Oberverwaltungsgericht hatte dieses Urteil in letzter Instanz bestätigt und die radikal-islamische Vakit-Zeitung – der Deutschlandableger dieses Blatts wurde wegen Volksverhetzung zeitweise verboten - machte dieses strittige Urteil zum Aufmacher über einen längeren Zeitraum. Die Zeitung veröffentlichte dann auch Bilder und Namen der einzelnen Richter, was Arslan, nach eigenen Angaben, zu seiner Tat motiviert habe.

Obwohl anfänglich alles auf den nationalistischen Einzeltäter Arslan hinwies, ziehen die polizeilichen Ermittlungen mittlerweile immer weitere Kreise. Als erstes konzentrierten sich die Fahnder auf den ehemaligen Hauptmann Muzaffer Tekin, der 1985 aus der türkischen Armee ausgeschlossen wurde. Tekin wird mit der „Rote-Apfel-Koalition“ (**Kızıl elma koalisyonu**) in Verbindung gebracht, einem losen Zusammenschluss von linken und rechten Nationalisten. Der Begriff **Kızıl elma** geht ursprünglich auf den türkischen Stamm der Oghusen in Mittelasien zurück und bedeutete die Weltherrschaft. Tekin, der selbst als Soldat 1974 an der Landung in Zypern teilgenommen hatte, werden ebenfalls sehr gute Beziehungen zur „Organisation des Türkischen Widerstandes“ (TMT-Türk Mukavemet Teşkilatı) nachgesagt, einer Organisation des „Tiefen Staates“ auf Nordzypern. Tekin ist mittlerweile wieder auf freien Fuß. Gleichgültig welche „geistigen Väter“ noch genannt werden, sollte der Anschlag nicht lückenlos aufgeklärt werden, könnte das Ansehen der Sicherheitskräfte, der Justiz sowie des ganzen Landes Schaden nehmen.

Die Reaktionen politischer Akteure und der türkischen Öffentlichkeit zeigen zumindest, dass die Initiatoren dieses Komplotts durchaus ihre Ziele erreicht haben. Für viele Türken ist dieses Verbrechen ein Anschlag auf die laizistische Staatsstruktur und die Verfassung des Landes. Ihren Unmut äußerten viele vor den Beisetzungsfeierlichkeiten für den ermordeten Richter als sie anwesende Minister beschimpften und stellenweise bedrängten. Generalstabschef Özkok begrüßte prinzipiell die Reaktion der Menschen und forderte sie zu dauerhaftem Protest auf. Die oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) bezichtigte die regierende AKP einer gewissen „geistigen Urheberchaft“. Letztlich sind diese unreflektierten Reaktionen aber schon Teil der Auseinandersetzungen im

Vorfeld der Wahl des Staatspräsidenten im Mai 2007, die immer mehr zur Schicksalsfrage hochstilisiert wird.

Treffen Merkel-Erdoğan in den türkischen Medien

Der Deutschlandbesuch des türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und das Treffen mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB am 2. Mai in Berlin wurden in den türkischen Medien eher nebensächlich behandelt. Die türkischen Kommentatoren nahmen die Aussagen der Bundeskanzlerin, dass sie die Türkei hinsichtlich des EU-Prozesses unterstütze und sich an Verträge (pacta sunt servanda) halten werde, mit Genugtuung auf. Die laut Medienberichten gegebene Zusage des EVP-Vorsitzenden Wilfried Martens an den CSU-Vorsitzenden Edmund Stoiber, die AKP nicht als assoziiertes Mitglied in der EVP aufzunehmen, wurde aber in türkischen Medien scharf kritisiert.

Im Mittelpunkt der Berichterstattung aus Deutschland standen Vorwürfe an Ministerpräsident Erdoğan, die Mitglieder der türkischen Gemeinde bei einer Veranstaltung äußerten. Thema waren die „Anatolischen Tigerunternehmen“. Mit dem Versprechen, Einlagen für die Entwicklung Anatoliens zu verwenden und anstelle von Zinsen Fondsanteile auszustellen, konnten einige zwielichtige Geschäftsleute Millionen von Euros unter den Türkischstämmigen in Deutschland einsammeln. Viele dieser Unternehmen meldeten später Konkurs an oder veruntreuten die Einlagen. Tausende blieben letztlich auf ihren wertlosen Anteilen sitzen. Ein Diskutant warf dem türkischen Ministerpräsidenten vor, sich nicht für die Interessen dieser Betrogenen einzusetzen. Zudem hätten nicht wenige Firmen mit der Nähe zum türkischen Ministerpräsidenten geworben, wodurch die Gelder einfacher einzusammeln gewesen wären. Barsch antwortete Erdoğan darauf, dass er niemanden empfohlen habe, Geld an diese Personen auszuhändigen.

Während einer öffentlichen Veranstaltung kam es zu einem Eklat, als eine Frau mit Kopftuch die Handhabe der türkischen Auslandsvertretung kritisierte. In türkischen Pässen und Ausweisen müssen die Passinhaberinnen wenigstens ein Bild abgeben, wo einige Haarsträhnen unter dem Kopftuch zum Vorschein kommen. Die Frau gab zu verstehen, dass sie immer Schwierigkeiten als Kopftuchträgerin habe. Ministerpräsident Erdoğan verstand wohl darunter, dass sie keinen Einlass erhalte und kritisierte vor offenen Mikrofonen den anwesenden türkischen Botschafter Mehmet Ali İremçelik. Dieser verteidigte sich, es gebe einen Erlass aus Ankara, der anzuwenden sei und natürlich würden auch Frauen mit Kopftuch eingelassen werden.

Diese öffentliche Kritik am Botschafter führte in der Türkei zu einer Welle der Entrüstung in den Medien. Ehemalige Botschafter meldeten sich zu Wort und kritisierten das Verhalten Erdoğan. Er habe seine Kompetenzen überschritten, weil der Staatspräsident Dienstherr der Botschafter sei und nicht ein Regierungsvertreter. Zudem schade es dem Ansehen der Türkei, wenn öffentlich ein Botschafter des Landes vom Ministerpräsidenten getadelt werde.

Während des Deutschlandbesuches traf Ministerpräsident Erdoğan auch mit dem Vorsitzenden der Konrad-Adenauer-Stiftung, Prof. Dr. Bernhard Vogel, zu einem Gedankenaustausch zusammen.

Ergebnisse einer Konservatismusumfrage

Der Politikwissenschaftler Dr. Hakan Yılmaz von der Istanbuler Boğaziçi Universität veröffentlichte im März 2006 einige hochinteressante Ergebnisse seiner Umfrage zum Thema „Konservatismus in der Türkei – Familie, Religion, Staat, Westen...“. 1.644 Personen über 18 Jahre wurden in 15 türkischen Provinzen zu ihren Haltungen und ihrem Gedankengut befragt. Dieses Thema ist auch insofern aktuell, da einerseits die regierende AKP sich nach eigenen Aussagen als konservative Partei an christlich-demokratischen Parteien in Europa orientiert. Andererseits werden Entwicklungen in der Türkei wie z.B. der ökonomische Aufschwung in Anatolien mit europäischen Entwicklungen wie dem Calvinismus in Verbindung gebracht. In beiden Fällen stellt sich die Frage nach dem Charakter des Konservatismus in der Türkei, und inwieweit Ähnlichkeiten mit europäischen Konservatismen bestehen.

In einer Selbsteinschätzung bezeichnen sich 30% der Befragten als konservativ bezüglich politischer Werte und 35% als konservativ im Privatleben. Die wichtigsten politischen Werte, die es den Befragten nach zu bewahren gilt sind: Gleichheit (41,6%), Freiheit (37,4%) und Solidarität (17,4%). Die wichtigsten gesellschaftlichen Institutionen, die es zu bewahren gilt: Familie (45,6%), Religion (22,2%), Staat (18,8%) und Volk (10,5%). Yılmaz erklärte, dass dies für ihn die erste große Überraschung war, weil an erster Stelle eigentlich der Staat zu erwarten gewesen wäre.

Der Aussage „**Der Mensch ist ein schwaches Geschöpf, der eine Autorität benötigt, damit er nicht auf den falschen Weg gerät**“ pflichteten 36,8% absolut und 32,9% teilweise bei. Auf die Aussage „**Jeder Mensch erreicht im Leben dass, wessen er würdig ist und darf seine Grenzen nicht überschreiten**“ antworteten 43,8% mit absolut richtig und 29,4% mit etwas richtig. 70% der Türken bevorzugen also staatliche Autorität und 73% ergeben sich ihrem Schicksal. Diese Tendenzen wurden auch schon in anderen Umfragen festgestellt und charakterisieren bedeutende politische Zustände.

Ein wichtiges Ergebnis ist die Selbstlosigkeit der Türken, da 52% der Menschen einen Wandel akzeptieren würden, der zwar der Gesellschaft einen Nutzen, Ihnen persönlich aber Schaden einbrächte. 85% der Befragten glauben an die Existenz von Traditionen, die die Türken zu Türken machten. Diese Traditionen bestimmen für 52% das Familienleben und die Beziehung zwischen Mann und Frau. Die Traditionen werden dahingegen für 66% der Befragten in der Familie und für 23,7% in der Schule weitergegeben. Nur für 2,4% der Befragten ist die Moschee oder die Religion im Allgemeinen für die Herausbildung von Traditionen verantwortlich. Andererseits geben 31,5% der Befragten den Islam an, wenn es um die Frage nach den kulturellen Quellen der Traditionen geht. Hier zeigen sich wichtige Tendenzen: Türken sind in erster Linie Türken und danach Muslime, die einen Großteil ihrer Werte und Traditionen aus dem Islam ableiten. Die Familie nimmt den zentralen Platz in der türkischen Gesellschaft ein und auch die Solidarität ist ein wichtiges gesellschaftliches Gut.

Die Frage nach der Einschränkung von Freiheiten und Grundrechten wurde ebenfalls gestellt: 92% der Befragten lehnen eine Einschränkung der freien Wahl ab, 91% eine Einschränkung der Informationsfreiheit und je 89% lehnen eine Einschränkung der Meinungs- und der Religionsfreiheit ab. Für 66% ist die Versammlungsfreiheit in keinem Fall einzuschränken und nur 37% geben an, dass das Recht auf die freie Ausübung der Sexualität abweichend von den Sexualpraktiken der Mehrheit ein uneinschränkbares Grundrecht sei. Dies bedeutet, dass die persönlichen Angelegenheiten immer noch von Interesse für die Öffentlichkeit sind. Auf die Frage welche Werte auf keinen Fall aufgegeben werden dürften, antworteten: Gleichheit vor dem Gesetz (50,4%), Glaubensfreiheit (18,8%), passives und aktives Wahlrecht (11,2%), Vereins- und Versammlungsfreiheit (7,1%).

93% der Befragten fühlen sich vom Kopftuch nicht gestört, jedoch stören sich 38%, am Tschador und 39% an bärtigen Männern mit Kugelkappen und weiten Hosen. 36% der Befragten stören sich überdies an Menschen, die im Fastenmonat nicht fasten (64% finden dies nicht störend) und 28% daran, wenn Menschen nicht beten (71% nicht störend). 79% der Befragten geben an, dass niemand zum Glauben gezwungen werden darf. 76% der Befragten fühlen sich jedoch von Homosexuellen gestört, 65% von Paaren ohne Trauschein, 63% von Besuchern von Bars und Diskotheken, 56% von Männern mit Ohrring, 54% von Frauen mit offener Kleidung, 44% von Jugendlichen die flirten und 17% von geschiedenen Frauen.

Das ideale Frauenbild nach der Befragung: 87% fordern zwar eine Gleichheit in allen Bereichen wie Politik, Beruf und Gesellschaft, jedoch geben 81% auch an, dass die Ehre und Unbeflecktheit einer Frau ihr höchstes Gut sei und vor allen anderen Fähigkeiten stünde. 78% glauben, dass Frauen in jedem Beruf den Männern in nichts nachstünden. Jedoch sind für 71% die eigentlichen Pflichten der Frau, die der Hausfrau und für 67% müsse die Frau ihren Beruf aufgeben, wenn sie den Haushalt vernachlässige. 23% der Befragten bezeichneten auch physische Gewalt, wie Ohrfeigen, als durchaus legitim. Dies bedeutet, dass die Gleichheit zwischen Mann und Frau akzeptiert wird, solange die Frau neutral als Arbeitskraft betrachtet wird. In ihrer Rolle als Ehegattin jedoch, ändert sich die Einschätzung der Menschen bezüglich ihrer Pflichten. Da diese Umfrage auch repräsentativ unter Frauen durchgeführt wurde, sind diese auch für die Ergebnisse mit verantwortlich.

Der ideale türkische Staatsbürger ist für 52,7% der Befragten sowohl Träger westlicher wie auch türkischer kultureller Werte. 52% der Befragten glauben an einen Kampf der Zivilisationen. 64% der Türken befürworteten eine EU-Mitgliedschaft, für 63,6% wegen persönlichen Nutzens und 78,8% wegen des Nutzens für das Land. Schaden durch eine EU-Annäherung sehen 63,5% im Verlust religiöser Werte, 61,3% befürchten den moralischen Niedergang der jungen Generation, für 51,5% wird die türkische Sprache Schaden nehmen und für 51,8% die Familie bzw. für 44,3% die Nachbarschaftsverhältnisse.

Info-Mail

Das türkische Finanzministerium veröffentlichte Zahlen zu den Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes. Neben der Ineffektivität sind in türkischen Amtstuben nach wie vor oft zu viele Angestellte, obwohl die AKP vor vier Jahren die Reduzierung der

Beschäftigtenzahl ankündigte. Insgesamt beschäftigt der türkische Staat ca. 2,2 Mio. Personen, Angehörige der Streitkräfte sind davon ausgenommen. Im Bereich des Gesundheitswesens sind 313.000 und im Bildungswesen 632.000 Angestellte und Beamte tätig. Auffallend sind die ca. 217.000 odacılar (Bürodiener oder Kammerdiener), also 10% aller Angestellten, die in türkischen Amtsstuben den Tee kochen oder ihn servieren. +++ Der als Reformdenker bekannte muslimische Geistliche Fethullah Gülen wurde von dem 11. Schwere Strafrichterhof Ankara freigesprochen. Gülen, der seit einigen Jahren in den USA lebt, ist der Gründer einer weltweit agierenden islamischen Bildungsbewegung und geistliches Oberhaupt der Nurcu-Bewegung. In seinen Vorstellungen ist Moral und Bildung der Motor für einen zeitgemäßen Islam, der durchaus mit dem Laizismus vereinbar ist. In den 90-er Jahren wurde er von der türkischen Politik hofiert und konnte im Ausland und der Türkei ca. 150 Privatschulen aufbauen. Am 31. August 2000 eröffnete der Staatsanwalt Nuh Mete Yüksel beim damaligen Staatssicherheitsgericht einen Prozess gegen ihn. Gülen wurde vorgeworfen, die laizistische Struktur der Türkei durch die Scharia ersetzen zu wollen. Staatsanwalt Yüksel war übrigens auch Urheber der Anklage gegen die deutschen Stiftungen vor vier Jahren, sowie für sehr viele andere öffentlichkeitswirksame Fälle. Nach der Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte werden anhängige Verfahren vor den Strafkammern verhandelt. +++ Süleyman Demirel, Staatspräsident a.D. und einer der wichtigsten Politiker der letzten 40 Jahre, hat sich in den letzten Wochen vermehrt zu aktuellen politischen Entwicklungen geäußert. Sein Vorschlag hinsichtlich einer Reform des Wahlsystems für den Staatspräsidenten – Demirel schlug anstelle der Wahl durch das Parlament eine Direktwahl mit zwei Durchgängen vor - mag in der Öffentlichkeit noch als diskutabler und seriöser Vorschlag gelten. Seine Aussagen bezüglich studierwilliger junger Frauen, die ihr Studium in Saudi-Arabien aufnehmen sollten, wenn Sie ein Kopftuch trügen, rief hingegen heftige Kritik hervor. Nicht zuletzt weil er als Politiker der Gerechtigkeitspartei (AP) in den 60-er und 70-er Jahren und später der Partei des Richtigen Weges (DYP) ein Vertreter konservativer Politik war und auch pragmatisch mit dem Kopftuch umging. Es scheint fast, dass der mittlerweile über 80-jährige Politiker eine Rückkehr in die aktive Politik nicht ausschließt. Viele politische Beobachter berichten, dass er nur widerwillig das Amt des Staatspräsidenten im Jahr 2000 abgegeben habe. Er hatte jahrelang um eine veränderte Amtszeitregelung mit der Formel 5+5 geworben. +++ Ab 2007 können die Türken nun auch Hypothekendarlehen bekommen. Nach dem die gesetzlichen Voraussetzungen nun vorliegen, erwarten Experten eine weitere Zunahme des Immobilienhandels. Der Immobilienmarkt expandierte schon in den letzten zwei Jahren erheblich, nachdem durch die konsolidierte Wirtschaftspolitik stabile Rahmenbedingungen geschaffen werden konnten. Türkische Banken vergeben aktuell schon Kredite mit einer Laufzeit von bis zu 20 Jahren. Presseberichten zufolge zeigen nun auch große ausländische Immobilienfonds starkes Interesse am türkischen Markt. In einer ersten Investitionswelle erwarte man 2-3 Mrd. Dollar, die überwiegend in den Kauf und den Bau von Einkaufszentren und Geschäftshäuser investiert würden. Von 13,6 Mio. Immobilien in der Türkei seien jedoch 38% ohne Erlaubnis erbaut, in Istanbul gebe es sogar 52% illegale Bauten. Es gebe aber gerade in Regionen wie Istanbul einen großen Bedarf an legalen Bauten, da durch die Erdbebengefahr Sicherheitsstandards erfüllt werden müssten. Berechnungen zufolge müssten bis 2015 alleine in Istanbul 2,2 Mio. neue Immobilien gebaut werden. Im gleichen Zeitraum werde türkeiweit mit einer Kreditnachfrage für Immobilien von ca. 80 Mrd. Dollar gerechnet. +++ Unter dem Vorsitz der AKP-Abgeordneten Fatma Şahin aus Gaziantep hat die parlamentarische Untersuchungskommission „Zur Feststellung von Präventionen und zur Untersuchung der Gründe für Ehrenmorde und der Gewalt gegen Frauen und Kinder“ ihre Arbeit aufgenommen. Das Gremium besteht aus 13 Abgeordneten, sieben Männern

und sechs Frauen. Auch wenn die in der Öffentlichkeit stehenden „Ehrenmorde“ im Vordergrund der Untersuchungen stehen dürften, will die Kommission alle Probleme von Frauen in der Türkei aufarbeiten. Untersuchungen verweisen auf Gewalt in über 90% der Familien, davon die Hälfte physische Gewalt. 57% aller Frauen und 66% der ungebildeten Frauen würden auf diese Gewalt mit Depressionen reagieren. Da die Türkei internationale Abkommen wie die Peking-Deklaration ratifiziert habe, sei das Land aufgefordert diesen Standards nachzukommen. +++ Die Menschenrechtsberichterstatlerin der UN, Prof. Dr. Yakın Ertürk, hielt sich 10 Tage in der südöstlichen Provinz Batman auf, um die seltsame Zunahme von Selbstmorden in dieser Region zu untersuchen. Drei unabhängige Berichte der Gouverneursverwaltung Batman, der Anwaltskammer Batman und der Untersuchungskommission des Türkischen Parlaments geben folgendes Bild wider: in den letzten fünf Jahren kam es zu 402 Suiziden, wobei sich dreimal mehr Frauen ihrem Leben ein Ende setzten als Männer. Hinter der Zunahme wird auch das neue Strafrecht vermutet, da Ehrenmord strenger geahndet und bestraft wird. Scheinbar führt die Verschärfung dazu, dass Frauen nun zum Selbstmord gezwungen würden, anstelle der Ermordung durch ein Familienmitglied. Das Strafmaß hat also die Entwicklung einer anderen Form von „Ehrenmord“ hervorgerufen. Bei den Suizidopfern handle es sich um Personen zwischen 15-25 Jahren. Weitere Gründe für die Suizide: Zwangsverheiratung junger Mädchen mit oftmals sehr viel älteren Männern, Nichtpräsenz der Frauen in der Öffentlichkeit und Diskriminierung hinsichtlich des Erbrechts durch die Männer, da in der Polygamie nur einer Frau das Erbrecht zugestanden werde. Dies zeigt auf, dass Ehrenmorde und Zwangsverheiratung weniger durch den Islam als durch Traditionen, insbesondere im Südosten der Türkei, begründet sind. ++++ Die Arbeitslosigkeit in der Türkei steigt trotz Wirtschaftswachstum. Nach offiziellen Angaben sind 12% der Türken arbeitslos, wobei der tatsächliche Wert aufgrund der umfangreichen Schattenwirtschaft weit höher liegen dürfte. Mittelfristig scheint das Land bei 70% der Bevölkerung unter 35 Jahren kein Problem zur Finanzierung der Renten zu haben. Neuste Zahlen vom türkischen Arbeitsmarkt: Verlust von 250.000 Arbeitsplätzen in den letzten 12 Monaten, nachdem in der Vorperiode fast 1 Mio. neue Arbeitsverhältnisse entstanden waren. Dieser Einbruch habe mit dem Verlust von 1,1 Mio. Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft zu tun, so Experten. Gleichzeitig hat aber auch der Anteil der Arbeitnehmer in der Schattenwirtschaft zugenommen, weil sich durch die überbewertete Türkische Lira die Lohnnebenkosten verteuerten. +++ Frauen sind auch in Führungspositionen in der türkischen Bürokratie unterrepräsentiert, so eine Untersuchung unter 20 staatlichen Institutionen. Nur ein Drittel aller Schlüsselpositionen hätten Frauen inne, wobei die Staatssekretäre- und Generaldirektorenposten überwiegend durch Männer besetzt seien. Während beim Amt für Religionsangelegenheiten nur zwei Frauen in Schlüsselfunktionen (661 Männer) beschäftigt wären, stellen sich die türkische Zentralbank (461 Männer und 485 Frauen) und das Schatzamt (211 Männer und 201 Frauen) als sehr „gleichberechtigte“ Institutionen dar. +++ In der Woche vom 29. Mai bis 3. Juni besuchten gleich drei wichtige Außenminister die Türkei: Sergey Lavrov (Russland), Tzipi Livni (Israel) und Walter Steinmeier (Deutschland). Im Mittelpunkt der Gespräche stand die Entwicklung im Iran. +++

Ankara, den 31. Mai 2006

Frank Spengler/ Dirk Tröndle